



2. April 2020
1/5

Fachtechnische Unterstützung und Entlastung der kantonalen Aufsichtsbehörde Stauanlagensicherheit

Inhalt Teil A Projekt- und Leistungsbeschreibung

1. Ausgangslage
2. Organisation
3. Leistungsbeschreibung
4. Rechtliche Grundlagen

1. Ausgangslage

Gemäss Art. 23 Abs. 1 des Stauanlagengesetzes vom 1. Oktober 2010 (StAG; SR 721.101) und Art. 30 Bst. a der Stauanlagenverordnung vom 17. Oktober 2012 (StAV; SR 721.101.1) beaufsichtigen die Kantone diejenigen Stauanlagen, die nicht der direkten Bundesaufsicht unterstehen. Das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) ist gemäss § 1 lit. b der Verordnung über den Hochwasserschutz und die Wasserbaupolizei vom 14. Oktober 1992 (HWSchV; LS 724.112) zuständig für den Vollzug des StAG und der StAV, sowie der Richtlinien über die Sicherheit der Stauanlagen. Innerhalb des AWEL ist die Abteilung Wasserbau, Sektion Gewässernutzung, zuständig für die Aufsicht Stauanlagensicherheit. Zurzeit sind 19 Stauanlagen der Aufsicht des Kantons Zürich unterstellt.

In den nächsten rund zehn Jahren stehen bei 15 Stauanlagen grössere Sanierungen an. Mit der Sanierung soll erreicht werden, dass die Stauanlage die Anforderungen an eine, dem StAG und der StAV unterstehende Anlage erfüllt, oder dass die Stauanlage dem StAG und der StAV nicht (mehr) untersteht.

Um die anstehenden Aufgaben der kantonalen Aufsichtsbehörde gemäss StAG und StAV, sowie der entsprechenden Richtlinien, zukünftig abzudecken, ist eine externe Unterstützung notwendig. Diese Ingenieurleistungen werden mit dieser Submission beschafft. Es betrifft folgende Aufgaben:

- Vertretung auf Baustellen bei Neubau oder Sanierung von Stauanlagen (Art. 6 Abs. 8 StAG, Art. 7 Abs. 1 StAV)
- Fachliche Stellvertretung der Aufsichtsbehörde
- Erarbeiten von fachlichen Grundlagen zuhanden der Aufsichtsbehörde (analog Art. 29 Abs. 2 StAV)
- Fachtechnische Prüfung von Sicherheitsnachweisen und anderen Dokumenten von Stauanlagen (Art. 8 Abs. 4 StAG)

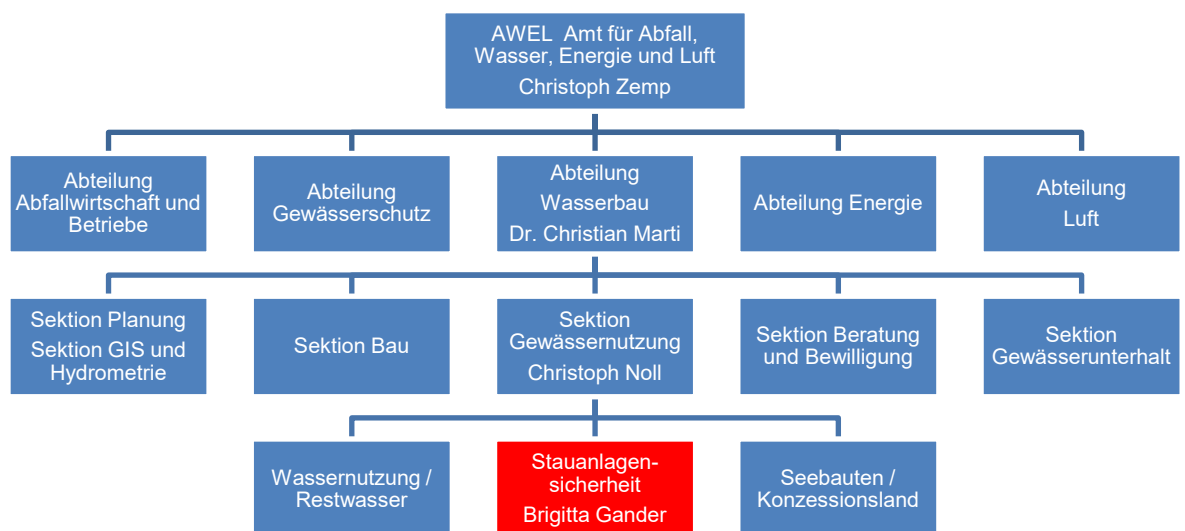
Eine zeitliche Planung der Aufgaben der Aufsichtsbehörde ist schwierig, da die Planung jeder Stauanlage durch die jeweilige Betreiberin erstellt wird und oftmals zu kurz greift. Deshalb ist

es für die Aufsicht Stauanlagensicherheit unmöglich, eine Prognose zu stellen, wann welche Stauanlage saniert oder neu gebaut wird. Je nach Arbeitsanfall können die Aufgaben ganz, teilweise oder gar nicht durch die bestehende Aufsicht Stauanlagensicherheit abgedeckt werden.

Der Auftragsumfang bzw. die konkreten Leistungen werden gestützt auf einen Rahmenvertrag jeweils nach Bedarf geplant, definiert, festgelegt und erteilt (siehe Kapitel «3. Leistungsbeschreibung»).

2. Organisation

Aufsichtsbehörde Stauanlagensicherheit



Erstellen und Durchführen der Submission

AWEL, Abteilung Wasserbau, Sektion Gewässernutzung, Brigitta Gander

Abschluss Rahmenvertrag

AWEL, Amtschef Christoph Zemp, und

AWEL, Abteilung Wasserbau, Sektion Gewässernutzung, Brigitta Gander

Erteilung der einzelnen Arbeitsaufträge gemäss Rahmenvertrag direkt an beauftragte Firmen

AWEL, Abteilung Wasserbau, Sektion Gewässernutzung, Brigitta Gander

Übersichtskarte Stauanlagen unter Aufsicht Kanton Zürich gemäss Art. 23 Abs. 1 StAG



3. Leistungsbeschreibung

Auftragsziel

Die fachliche Unterstützung und Entlastung der kantonalen Aufsichtsbehörde Stauanlagensicherheit beim Erbringung von Leistungen, welche nicht oder nur teilweise durch die Aufsichtsbehörde wahrgenommen werden können, sollen durch die Anbieterin erfolgen.

Mit der Submission sollen drei Anbieterinnen evaluiert werden, mit denen Rahmenverträge (Entwurf in Beilage) abgeschlossen werden. Beim Abschluss des Rahmenvertrags mit mehreren Anbieterinnen geht es insbesondere darum, dass die Leistungen der Aufsichtsbehörde auf einer bestimmten Stauanlage nicht an eine Anbieterin vergeben werden, welche von der Betreiberin derselben Stauanlage als erfahrene Fachperson (gemäss Art. 17 StAV) bestimmt ist.

Leistungen

Die Aufsichtsbehörde beurteilt und kontrolliert, ob die Anforderungen an die technische Sicherheit eingehalten werden (Art. 8 Abs. 4 StAG). Dies beinhaltet die technische Prüfung der Jahresberichte, der Sicherheitsnachweise, der Plangrundlagen und der Ausführungsprojekte. Diese fachliche Prüfung wird ab 2021 teilweise durch die Anbieterin erfolgen.

Gemäss Art. 5 und 6 StAG benötigt, wer eine Stauanlage bauen oder ändern will, eine Plan genehmigung. Die Aufsichtsbehörde ist für die sicherheitstechnische Prüfung zuständig. Dabei ist zu prüfen, ob die Stauanlage nach dem Stand von Wissenschaft und Technik, sowie basierend auf den gesetzlichen Grundlagen und Richtlinien bemessen, gebaut und betrieben wird. Die sicherheitstechnische Prüfung wird ab 2021 teilweise durch die Anbieterin erfolgen.

Während der Bauausführung kontrolliert die Aufsichtsbehörde, ob die Anforderungen an die technische Sicherheit eingehalten sind. Die Aufsichtsbehörde begleitet die Bauausführung und kontrolliert insbesondere, ob diese den genehmigten Plänen entspricht (Art. 6 Abs. 8 StAG; Art. 7 Abs. 1 StAV). Aufgrund fehlender personeller Ressourcen kann die Aufsichtsbehörde nicht alle Baustellen selber kontrollieren. Sie kann in diesem Falle die Anbieterin beauftragen, sie an Baustellenkontrollen zu vertreten.

Nach dem Abschluss der Bauarbeiten prüft die Aufsichtsbehörde gemäss Art. 9 Abs. 3 StAV, ob die Bauarbeiten nach den genehmigten Plänen und Auflagen ausgeführt wurden. Sie hält das Resultat der Prüfung in einem Abnahmeprotokoll fest. Bei Baustellen, welche durch die Anbieterin kontrolliert werden, fällt auch die Erstellung des Abnahmeprotokolls in deren Zuständigkeit.

Die Aufsichtsbehörde des Bundes arbeitet beim Erlass von Richtlinien und bei der Erarbeitung von technischen Grundlagen eng mit den Kantonen zusammen (Art. 29 Abs. 2 StAV). Um die Anliegen der kantonalen Aufsichtsbehörden Stauanlagensicherheit fachlich korrekt einbringen zu können, wird die Anbieterin die Aufsichtsbehörde unterstützen. Dies kann z.B. in Form von Aufträgen zur Erstellung von eigenen Merkblättern erfolgen oder beratend bei Vernehmlassungen. Weiter soll der technische Teil bei Anträgen der Aufsichtsbehörde an das BFE kontrolliert und ergänzt werden.

Innerhalb der kantonalen Verwaltung gibt es keine Stellvertretung der kantonalen Aufsichtsbehörde Stauanlagensicherheit. Deshalb soll eine Vertretung der Aufsichtsbehörde, insbesondere bei längerer Abwesenheit, durch die Anbieterin erfolgen können.

Die grundlegenden vertraglichen Bedingungen werden in einem Rahmenvertrag (Entwurf in Beilage) geregelt. Gestützt darauf werden bei gegebenen Voraussetzungen Einzelaufträge erteilt. Die einzelnen Aufträge werden zu den im Rahmenvertrag vereinbarten Konditionen und vorbehältlich der genehmigten Budgetmittel vom Kanton abgerufen. Der Anbieterin entstehen durch den Abschluss des Vertrags keine Ansprüche auf einen definierten oder minimalen Umfang an Stunden.

4. Rechtliche Grundlagen

Die Grundlage Ziffer [1] steht als Beilage in elektronischer Form zur Verfügung. Die Grundlagen Ziffern [2] bis [10] sind allgemein im Internet zugänglich.

- [1] Entwurf Rahmenvertrag
- [2] Bundesgesetz über die Stauanlagen vom 1. Oktober 2010 (Stauanlagengesetz, StAG, SR 721.101)
- [3] Stauanlagenverordnung vom 17. Oktober 2012 (StAV, SR 721.101.1)
- [4] Richtlinie über die Sicherheit der Stauanlagen, Teil A: Allgemeines (BFE, 2015)
- [5] Richtlinie über die Sicherheit der Stauanlagen, Teil B: Besonderes Gefährdungspotenzial als Unterstellungskriterium (BFE, 2014)
- [6] Richtlinie über die Sicherheit der Stauanlagen, Teil C1: Planung und Bau (BFE, 2017)
- [7] Richtlinie über die Sicherheit der Stauanlagen, Teil C2: Hochwassersicherheit und Stau-seeabsenkung (BFE, 2018)
- [8] Richtlinie über die Sicherheit der Stauanlagen, Teil C3: Erdbebensicherheit (BFE, 2016)
- [9] Richtlinie über die Sicherheit der Stauanlagen, Teil D: Inbetriebnahme und Betrieb (BFE, 2015)
- [10] Richtlinie über die Sicherheit der Stauanlagen, Teil E: Notfallkonzept (BFE, 2015)